

durch den Verlust der kritischen Öffentlichkeit als Kontrollorgan. Derzeit findet ein zweifacher Angriff statt, nämlich passiver und aktiver Art – *erstens* in Form des wachsenden privaten Desinteresses an politischer Kontrolle und der zunehmenden Bereitschaft der »Bürger«, sich und ihre eigenen Daten völlig zu offenbaren (insbesondere im Internet), und *zweitens* durch das gezielte Machtinteresse der Ökonomie, an alle erreichbaren Daten auch zu gelangen, um immer stärker unter Ausschluss der kontrollierenden Öffentlich-

keit agieren bzw. die kritischen Medienvertreter kontrollieren zu können, wie im Falle der *Siemens-Spitzelaffäre*.

Diese beiden Faktoren, Desinteresse der Bürger und Kontrollinteresse der Wirtschaft, bedingen und verstärken sich wechselseitig und fordern die Demokratie massiv heraus. Es wird deshalb entscheidend darauf ankommen, ob die Berliner Republik die erforderlichen Kräfte aufbringt, um diese Angriffe auf die demokratische Öffentlichkeit in Zukunft erfolgreich abzuwehren.

Elmar Altvater

Den globalen Kapitalismus regulieren

Seit mehr als 200 Jahren kursiert das liberale Mantra, der Wettbewerb treibe den Erfindergeist an, vertiefe die internationale Arbeitsteilung und steigere daher die Produktivkräfte und den »Wohlstand der Nationen«. Auch wenn das für manchen immer noch wie die Frohe Botschaft klingt, zeigt doch die Vielzahl an Krisen: Der globale Kapitalismus muss politisch reguliert werden. Aber wie?

Schon im 19. Jahrhundert kamen Zweifel an der liberalen Theorie von der segensreichen Wirkung der »unsichtbaren Hand« des Marktes auf. Wenn man von der Marx'schen Fundamentalkritik an der klassischen politischen Ökonomie absieht, war es besonders Friedrich List, der die von ihm so genannte »kosmopolitische Schule« des unregulierten Freihandels kritisierte. Sie sei als Theorie der Entwicklung von produktiven Kräften gänzlich ungeeignet. Der Markt mit seiner »unsichtbaren Hand« könne die sichtbare Hand einer Politik der Wirtschaftsförderung nicht ersetzen. Wenn die Marktkräfte sich selbst überlassen werden, kann sich sogar eine reiche Ressourcenausstattung in eine Entwicklungsblokkade, Rohstoffreichtum in einen »Rohstofffluch« verwandeln.

Wie unverzichtbar politische Regulierung ist, hat auch der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi gezeigt. Unregulierte Märkte



Elmar Altvater

(* 1938) war 1970 bis 2004 Professor für Politikwissenschaften an der FU Berlin. Zahlreiche Publikationen über Globalisierung, globale Umweltprobleme und Finanzmärkte sowie die Zukunft der europäischen Integration.

altvater@zedat.fu-berlin.de

wirken wie eine »Satansmühle«, nämlich zerstörerisch insbesondere auf die Arbeit und die Natur. Dies zeigt sich auch bei Betrachtung der Globalisierung. Märkte sind expansiv in Zeit (Beschleunigung) und Raum (geografische Ausdehnung). Der Planet ist inzwischen ein globaler Marktplatz, und immer noch wird alles in die Welt der Werte hineingezogen, »in Wert gesetzt«. Die letzten geschlossenen Ökonomien werden geöffnet. Das erdnahe Weltall wird für die satellitengestützte kommerzielle Telekommunikation genutzt. Auch

die Nanowelt der Gene wird in Wert gesetzt und bislang öffentliche Unternehmen und Güter werden privatisiert.

Die Eigentumsrechte der Privaten werden durch staatliche Regulation zugeteilt und durch das mit staatlicher Sanktionsgewalt ausgestattete Rechtssystem gesichert. Nicht-Eigentümer müssen wirksam vom Eigentum anderer ferngehalten werden. Auch die Verteilung von Zertifikaten auf Nutzungsrechte einer globalen Allmen-de wie der Atmosphäre (zum Zwecke des Handels mit Emissionszertifikaten) erfolgt durch den Staat – bevor die Akteure auf dem Markt richtig loslegen können. Eine Bedingung der ökonomischen Expansion von Märkten ist also die politische Regulation. Es geht also gar nicht darum, ob man den globalen Kapitalismus regulieren *kann* – er *muss* reguliert werden. Zunächst werden im Zuge der Inwertsetzung die Märkte aus der Gesellschaft »entbettet«. Dieser historische Schritt, der nach Fernand Braudel zuerst im »langen sechzehnten Jahrhundert« vom Ende des 15. bis zur Mitte des 17.

Jahrhunderts getan wurde, nach Karl Polanyi geraume Zeit später im 18. und 19. Jahrhundert in England, erfolgt nur dann auf sicherem Grund, wenn der Staat Eigentumsrechte garantiert. Doch wenn dann entbettete Märkte wie »Satansmühlen« wirken, müssen sie zum Schutz der Natur gegen ökologische Zerstörung und der Gesellschaft gegen soziale Verarmung wieder reguliert werden. Die historische Antwort, so Karl Polanyi, auf die desaströsen Wirkungen der Entbettung einer Marktwirtschaft aus der Gesellschaft ist der moderne Sozialstaat. Dieser bildet sich allerdings nicht quasi-automatisch als Ausdruck einer Gegenbewegung zum Selbstschutz der Gesellschaft, sondern entsteht historisch im Verlauf von zum Teil heftigen Klassenaus-einandersetzungen.

Die Entbettung der Ökonomie, der Märkte aus der Gesellschaft und aus der regulierenden Politik ist ein fortlaufender Prozess. Heute bewegen auf den globalen Finanzmärkten die großen Fonds und Banken das Mehrfache des globalen Sozial-

produkts. Sie sind in der Lage, ganze Weltregionen in Finanzkrisen zu stürzen. Zuerst werden alle Finanzplätze vom Virus des scheinbar schnellen Geldes angesteckt («contagion») und alle machen daher bei einer Spekulationsattacke mit. Wenn die Renditen zu gering und das Risiko zu groß werden, verlassen die »Investoren« *en masse* wie eine Herde, die einem Leithammel folgt, die Finanzplätze («Herding»). Individuell handeln sie alle höchst rational und verfolgen mit großer Intelligenz die individuellen Interessen. Doch gesamtwirtschaftlich ist das alles irrational und die Folgen sind für die von Spekulationsattacken betroffenen Gesellschaften höchst verlustreich. Die *Weltbank* hat berechnet, dass etwa 20 Prozent des mexikanischen Sozialprodukts in der Krise von 1994 verloren gingen. In Indonesien waren es 1997 an die 40 Prozent und in Argentinien 2001 mehr als 60 Prozent. Die gesamtwirtschaftliche, d.h. heute globale Rationalität des Handelns, durch das solche immensen Verluste vermieden werden können, ist nicht durch Marktmechanismen zu erreichen, sondern durch politische Regulation.

Vielfalt globaler Risiken

Doch heute haben wir es nicht nur mit Finanzkrisen zu tun, sondern mit einer globalen Energie-, Klima- und Umweltkrise, ein deutliches Zeichen dafür, dass die ökonomische Dynamik negative Begleiterscheinungen, die Störung oder gar Zerstörung der natürlichen Umwelt hat. Selbst das Weltwirtschaftsforum von Davos hat im Januar einen *Global Risk Report* herausgegeben, in dem die vierfache Krise der Energieversorgung, des Klimawandels, der Versorgung mit Nahrungsmitteln für große Teile der Weltbevölkerung und nicht zuletzt die Krise der globalen Finanzmärkte in einen Zusammenhang gebracht wird. So wird – sicherlich ohne Absicht – die Marktwirtschaft, wie es Immanuel Wallerstein

formulierte, »kaputtgedacht« und alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik sind nicht mehr als »altes Denken« abzutun. Die »ideologische Legitimität« des Neoliberalismus sei dahin, stellt Walden Bello vom *Focus of the Global South* kühl fest, um das Konzept einer regulierten Deglobalisierung vorzuschlagen.

Die globalen Risiken sind nicht unabhängig voneinander, sie beeinflussen sich wechselseitig: Der Klimawandel ist vor allem eine Folge der Verbrennung fossiler Energieträger, weil sich deren Emissionen als Treibhausgase in der Atmosphäre konzentrieren. Der Konzentrationsgrad ist von vorindustriellen ca. 280 ppm (*parts per million*) auf heute etwa 380 ppm angestiegen. Das ist bereits das Maximum, wenn der Temperaturanstieg im Verlauf dieses Jahrhunderts die Marke von 2 °C nicht überschreiten soll. Wie in der Vergangenheit stammt auch heute der größte Teil der Emissionen aus den Auspuffrohren und Schloten der »reichen« Länder.

Der Anstieg der Erdmitteltemperatur hat größte Schäden in der natürlichen Umwelt zur Folge. Diese reichen vom Abschmelzen der Eiskappen an den Polen, dem Anstieg des Meeresspiegels, von Überflutungen küstennaher Gebiete, ausgehenden Dürren mit Wüstenbildung bis zu ungewöhnlichen Wetterereignissen wie Hitzewellen oder zerstörerischen tropischen Stürmen. Das alles kostet bis zu 20 % des globalen Sozialprodukts. Diese Bewertung der Folgen des Klimawandels in monetären Größen hat etwas Tröstliches. Denn den Schäden kann man die Kosten gegenüberstellen, die zur Vermeidung der »globalen Risiken« aufzubringen wären. Das wäre nur 1 % des globalen Sozialprodukts. Klimaschutz ist ein gutes Geschäft. Die Kalkulation in monetären Größen scheint es zu beweisen. Wenn natürliche Abläufe mit Preisen belegt und in Geld abgegolten werden, scheinen »markt-basierte Instrumente« wie der Emissionshandel geeignet zu sein, den Klimawandel

in rational bestimmten Grenzen zu halten. Allerdings ist diese Maßnahme des Klimaschutzes weniger effizient als eine durch den Staat oder internationale Organisationen zu erhebende CO₂-Steuer.

Die Krise des Immobiliensektors seit 2007 hat Fonds und Banken auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen dazu veranlasst, nun in Rohstoffe oder in Derivate von Rohstoffwerten zu investieren. Die Preise fossiler Energieträger für die Tanks der Autos steigen ebenso wie die Preise biotischer Energie für die Teller von Menschen. Diese Energieformen sind zum Teil substituierbar. Daher wird es rentabel, bei steigendem Preis fossiler Energie die in Pflanzen gespeicherte biotische Energie als Energiequelle für Motoren zu nutzen. Die Ernährung der Menschen wird gefährdet. Das haben auch die G8-Regierungen auf ihrem Gipfel im Juli verstanden. Sie können diese Entwicklung nicht dem Markt überlassen, sie müssen regulierend eingreifen.

Die Spekulation auf steigende Preise von fossiler Energie würde allerdings zu einem Halt kommen, wenn nicht »fundamentale« Tendenzen die Preissteigerung tragen würden. Das Öl hat den Höhepunkt der Förderung erreicht oder wird ihn sehr bald erreichen (»Peakoil«). Kurzfristig mag es möglich sein, die Förderung zu erhöhen, wenn viel Kapital investiert wird: in die Infrastruktur der Förderung (zumal im Falle »unkonventionellen Öls«, etwa bei Tiefseebohrungen), in den Transport (Pipelines), auch in die Raffinierung und weitere Verarbeitung, und nicht zuletzt in die militärische Sicherung der Transportrouten. Dauerhaft lässt sich das Angebot nach dem *Peak* aber nicht steigern. Da gleichzeitig die Nachfrage nach fossiler Energie in der Welt zunimmt, steigt auf freien unregulierten Märkten der Ölpreis unweigerlich.

Nicht nur der steigende Ölpreis bewirkt den starken Preisanstieg bei Nahrungsmitteln. Es kommen noch andere Ursachen hinzu, die die EZB benennt (in ihrem Monatsbericht vom Juni): demogra-

fische Verschiebungen, veränderte Ernährungsgewohnheiten der besser gestellten Mittelklassen in der Welt, »ungünstige Witterungsbedingungen«, steigende Transportkosten und eine Verteuerung der Düngemittel wegen des Anstiegs der Energiepreise. Nicht erwähnt werden in diesem Katalog: die Agrarsubventionen und die Exportpolitik der EU und der USA, die Liberalisierung des Agrarhandels im Rahmen des Regelwerks der WTO, die Zerstörung einer autonomen Landwirtschaft und die Auslieferung der Agrarproduktion und der Vermarktungsstrukturen an große transnationale Agro-Konzerne.

So wird die »Ernährungssouveränität« unterhöhlt, kritisiert die weltweit tätige Bauernorganisation *Via Campesina*. Dies hindert die OECD nicht daran, mit einer gewissen neoliberalen Frivolität den Anstieg der Lebensmittelpreise in der längerfristigen Perspektive als ein »Glück im Unglück« zu bezeichnen, weil es sich nun lohne, die Subsistenz-Landwirtschaft der weniger entwickelten Länder in ein »profitable business« zu verwandeln. Doch Lebensmittel, die zur Handelsware geworden sind, dienen nicht in erster Linie dazu, den Bauch zu füllen, sondern den Geldsack.

Alles eine Frage politischer Regulation

Paradoxerweise sind die korrektiven Kräfte des Wettbewerbs umso geringer, je freier die Märkte sind. Je weniger Regulation, desto größer auch der Spielraum privater Machtentfaltung für Erpressung und Bestechung, für Veruntreuung, Fälschung und Betrug, für die Befriedigung einer unersättlichen Gier, die viele Manager in den oberen Etagen erfasst hat. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds werden jährlich etwa 2 Billionen US-Dollar schmutzigen Geldes weiß gewaschen. Es stammt aus der Korruption, aus Drogen- und Menschenhandel, Waffenschmuggel,

Anlagebetrug, Internetkriminalität, Steuerhinterziehung etc.. Als Geldwaschanlagen fungieren Offshore-Zentren, also Territorien besonderen Rechts, die die Reichen aller Herren Länder anziehen, weil öffentliche Kontrollen weitgehend beseitigt wurden und Steuern nicht gezahlt werden müssen. Fast staatsfreie Räume bieten den Privaten alle Möglichkeiten, kriminell erworbenes Geld, hinterzogene Steuern oder illegal aus manchen Ländern abgezogenes Kapital zu parken und in die globalen Finanzmärkte nach gründlicher Geldwäsche zurückzuschleusen.

Das ist Deregulierung pur. Kann man dem beikommen? Mit dem entsprechenden politischen Willen sehr wohl. Wenn die Regulation der Finanzmärkte nur halbherzig oder gar nicht (wie auf dem G8-Gipfel von Heiligendamm 2007 kurz vor dem Ausbruch der Immobilienkrise) begonnen wird, dann liegt dies nicht an ehernen ökonomischen Gesetzen einer Marktwirtschaft, sondern am nicht vorhandenen politischen Interesse. Die Briten wollen ihre Finanzinstitutionen in der Londoner City fördern. Denn nach dem Abbau der tradi-

tionellen Industrie trägt die Finanzindustrie bis zu 40 Prozent des Sozialprodukts bei. Die Deutschen blockieren Klimaschutzmaßnahmen, weil die Automobilindustrie ihre CO₂-Schleudern auch weiterhin verkaufen will. Die USA lassen sich nur auf unverbindliche Klimaziele ein, weil der »American way of life« nicht zur Disposition gestellt werden soll. Doch die Sanktionen gegen Kuba oder gegen den Iran und den Irak belegen es: Wenn sie politisch opportunistisch sind, greifen auch neoliberal eingestellte Regierungen zu harten Maßnahmen der ökonomischen und politischen Regulierung.

So wie es mächtige ökonomische Interessen sind, die sich einer notwendigen Regulation, die ihre Macht eingrenzen würde, widersetzen, müssen soziale Bewegungen Druck auf die Politik ausüben, um durch politische Regulation die Richtung der Entwicklung des globalen Kapitalismus zu beeinflussen. Es geht also darum, sich den externen »Sachzwängen« der globalisierten Ökonomie zu entziehen und durch politische Regulation die Ökonomie wieder in Gesellschaft und Natur »einzubetten«.

Thomas Meyer

Zwischenruf: Marxismus als Populismus

Eine trügerische Scheinblüte

Erzeugt der Triumph eines die Einfriedungen von Sozialstaat und demokratischer Regulierung empfindlich beschädigenden globalen Finanzkapitalismus nun wie von selbst auch eine Renaissance des Marxismus? Hatte dieser nicht alles vorausgesagt und gewarnt? Die Rhetorik einiger Gallionsfiguren der *Linkspartei*, bei uns ebenso wie ihrer Vorbilder anderswo in der Welt, scheint dafür zu sprechen. Marx hatte aber auch beobachtet, dass sich alle großen historischen Ereignisse der Ge-



Thomas Meyer

(*1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*.

thomas.meyer@fes.de

schichte zweimal ereignen, zuerst als Drama und dann als Farce. Folgt auf das Drama der Konflikte zwischen dem krisengeschütteltem Kapitalismus und marxistisch inspirierten Verheißungen seiner endgülti-